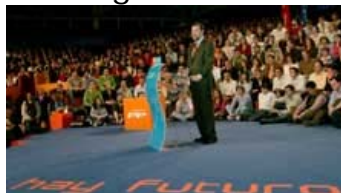




## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> **Schwierige Suche nach einem neuen Image**

Traumatisiert von der bitteren Wahlniederlage vor zwei Jahren, leidet die spanische Volkspartei unter einem schlechten Image. Die Handhabung der Madrider Attentate vom 11. März 2004 kratzte sehr an der Glaubwürdigkeit der Partei. Darüber hinaus brachte die Oppositionspolitik der PP den Ruf einer „Nein-Sager-Partei“ ein, die sich mehr mit der Vergangenheit als mit der Zukunft beschäftigt. Der Sonderparteitag der PP („convención“) vom 3. bis 5. März in Madrid setzte sich daher zum Ziel, das Image der Partei zu verbessern. Die Volkspartei wollte sich als reform- und zukunftsorientiert präsentieren. PP-Vorsitzender Mariano Rajoy hatte sich bereits im Herbst mit der Idee durchgesetzt, eine Parteiveranstaltung durchzuführen, die nicht ausschließlich nach innen, sondern vor allem nach außen wirken sollte. Deswegen stand die Veranstaltung



unter dem Motto „Wir haben eine Zukunft“. Mit einer neuen Botschaft will sich die Volkspartei auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode vorbereiten.

Der bei der Parteibasis nach wie vor äußerst beliebte ehemalige Mi-

unter dem Motto „Wir haben eine Zukunft“. Mit einer neuen

nisterpräsident José María Aznar eröffnete den Parteitag mit einer Auftaktrede, in der er seine eigene achtjährige Regierungszeit verteidigte und die aktuelle Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero scharf angriff. In seiner flammenden Rede beschuldigte er die Regierung, um einen Waffenstillstand mit der ETA zu „betteln“ und es der Terrororganisation zu gestatten, „Spanien zu demütigen“. Es sei eine „Beleidigung“, wenn die sozialistische Regierung behaupte, die Volkspartei wolle gar kein Ende des Terrorismus, weil sie Zapatero diesen Erfolg nicht gönne. Er als Ministerpräsident habe die ETA stets und mit großem Erfolg bekämpft. Die Regierung Zapatero verfolge dagegen mit ihrer Verhandlungsstrategie eine „desaströse“ Politik, die letztendlich scheitern würde. Zudem würden Opfer und Täter damit auf eine Stufe gestellt. Damit habe die Regierung den Boden des seit der Demokratisierung Spaniens bestehenden überparteilichen Konsenses in der Antiterrorpolitik verlassen. „Mal sehen, ob sie (die Sozialisten) endlich anfangen, sich für ihre Taten zu schämen“, gab Aznar zu bedenken. Nach diesem furiosen Auftakt machten auch die Reden von PP-

Generalsekretär Angel Acebes und Fraktionssprecher Eduardo Zaplana am Folgetag deutlich, dass die Regierung von der Opposition keine Atempause zu erwarten hat. Radikal sei nicht die Oppositionspolitik der Volkspartei, sondern die Politik der Regierung, so der Tenor. Die PP steht nach eigener Auffassung im politischen Zentrum und muss sich nicht erst dorthin bewegen. Man könne zwar Kritik und Forderungen gegenüber der Regierung zurücknehmen und nachgeben, damit man als "moderat, flexibel, tolerant und dialogbereit" gelte, betonte Angel Acebes, doch dieses Lob könne dann nicht verbergen, dass man die eigenen Prinzipien verraten habe. Niemand aber werde der Volkspartei den Mund verbieten und sie zwingen, die eigenen Werte fallen zu lassen, machte Acebes klar. Nichtsdestotrotz musste dem politischen Beobachter auffallen, dass "Rajoy's General", der sonst so unerbittlich mit der Regierung ins Gericht geht, seine Ausführungen auf die eigene Partei konzentrierte. Die sonst üblichen, beißenden Attacken auf Zapatero wichen einem ernsthaften und ruhigen Tonfall. Nach den Reden der PP-Schwergewichte wurde die Abschlussrede von PP-Chef Mariano Rajoy am Sonntag von den Delegierten und den Medien mit großer Spannung erwartet. Doch wer darauf hoffte, von einem flammenden Appell des Vorsitzenden von den Sitzen gerissen zu werden, sah sich getäuscht. Fast staatsmännisch arbeitete sich ein seriös und ruhig auftretender Rajoy durch Themen wie Antiterro-

rismus-, Autonomie-, Wirtschafts-, Sozial-, und Bildungspolitik und spulte seine Rede herunter, ohne sein Publikum zu Beifallsstürmen hinzureißen. Diese Rolle blieb dem französischen Innenminister Nicolas Sarkozy vorbehalten, der mit einer mitreißenden Rede einen tosenden Beifallssturm nach dem an-



deren provozierte. Als Sarkozy (hier im Bild mit MdB Andreas Schockenhoff) – ohne Zweifel mit

Blick auf die spanische Autonomie-debatte – versicherte, "Ich glaube an die Einheit Spaniens, weil es eine große Nation ist", kochte der Saal. Die aufgeheizte Stimmung wäre für Rajoy eigentlich ein ideales Sprungbrett gewesen, um die Delegierten auf die künftige Oppositionsarbeit unter seiner Führung und das Ziel eines schnellstmöglichen Regierungswechsels einzuschwören. Doch statt der erwartete Paukenschlag blieb aus; stattdessen hielt Rajoy eine nüchterne Rede, die "mehr an den Kopf als an das Herz" gerichtet war. Der PP-Vorsitzende warf der Regierung vor, kein eigenes Projekt zu besitzen. Daher regiere sie planlos und willkürlich vor sich hin bzw. lasse sich von den radikalen Forderungen ihrer regional-nationalistischen Partner treiben. Die Volkspartei vertrete dagegen feste Prinzipien und Werte und besitze zudem ein Projekt, das sie – zurück in der Regierung – zum Wohl aller Bürger umsetzen werde, so der PP-Vorsitzende. Der herzliche Beifall,

den Rajoy für seine Rede erhielt, glich nach den stehenden Ovationen für Sarkozy eher einer nachdenklichen Stille.

Inwiefern genau dies beabsichtigt war, darüber stritten noch am selben Abend im Fernsehen und am nächsten Tag in den Zeitungen Analysten und Experten der politischen Szene. Während die linksgerichtete Tageszeitung *El País* Rajoy eine "dröge Rede" attestierte und sogar die konservative Tageszeitung *El Mundo* von einer "verpasssten Gelegenheit" sprach, wies die für gewöhnlich gut informierte, konservative *ABC* darauf hin, dass Rajoy's Rede die Handschrift des "PP-Umfragen-Gurus" Pedro Arriola trägt. Der Soziologe, der ein Meinungsforschungsinstitut betreibt, ist ein enger Berater der Parteispitze. Ihm zufolge muss sich die Partei den Wählerschichten öffnen, die sich aus Enttäuschung über die Haltung der Regierung Zapatero in der Antiterrorpolitik und in der Frage der Autonomiestatuten von der PSOE abwenden. Auch der gemäßigte Tonfall des sonst so bissigen Acebes könnte in diese Richtung deuten. Demnach zielte der gesamte Parteitag mehr auf Außenwirkung ab als nach innen auf die eigene Parteibasis. Das Hauptziel Rajoy's sei es gewesen, sich der Gesamtheit der Spanier als besonnene, solide und glaubhafte Alternative zu Zapatero zu präsentieren, so ein Kommentar von *El Mundo*. Ob diese Rechnung aufgeht, müssen nun die nächsten Umfragen zeigen. Gewählt wird in Spanien erst wieder Ende Mai 2007, wenn landes-

weite Regional- und Kommunalwahlen anstehen.

## >> **PP wirft Regierung Zapatero „Attentat“ auf EU-Recht vor**

Das Gerangel um die Übernahme des spanischen Stromversorgers



Endesa führte vergangene Woche bei der Fragestunde im spanischen Parlament zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen

Oppositionsführer Mariano Rajoy (PP) und Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero. Nachdem die feindliche Übernahme von Endesa durch den katalanischen Energieriesen Gas Natural, die von der sozialistischen Regierung aus politischen Gründen unterstützt wird, fast schon als sicher galt, stellte ein überraschendes und deutlich höheres Gegenangebot des E.ON-Konzerns den Deal wieder in Frage (Vgl. KAS-Newsletter Nr.7/2006). Seitdem sucht die Regierung Zapatero nach Mitteln und Wegen, die Übernahme von Endesa durch E.ON zu verhindern. Einerseits suchte man hinter den Kulissen nach Partnern, um das Angebot von GAS Natural aufzustocken; andererseits wurden die Kompetenzen der nationalen Energiekommission des Industrieministeriums per Regierungsdekret ausgeweitet, um die Übernahme per Veto stoppen zu können.

Währenddessen erklärte Zapatero öffentlich, aufgrund der strategi-

schen Bedeutung des Energiesektors sei es im nationalen Interesse, die dort tätigen Konzerne in spanischer Hand zu behalten. Der öffentliche Widerspruch seines Wirtschaftsministers Pedro Solbes, der als EU-Wirtschafts- und Währungskommissar jahrelang gegen einzelstaatlichen Protektionismus und für die Liberalisierung des Europäischen Binnenmarkts gekämpft hatte, verhallte dagegen ungehört.

Nachdem in diesem Zusammenhang bereits EU-Kommissionschef José Manuel Durão Barroso und sein Wirtschaftskommissar Joaquín Almunía, selbst Mitglied der spanischen Sozialisten, die protektionistischen Tendenzen im europäischen Energiesektor kritisiert hatten, beschuldigte PP-Parteichef Rajoy den spanischen Regierungschef im Parlament, ein "Attentat gegen die grundlegenden Prinzipien der Europäischen Union" zu verüben, indem er versuche, die Übernahme durch E.ON zu verhindern. Zugleich warnte Rajoy vor verheerenden Konsequenzen für spanische Firmen im Ausland sowie für ausländische Investoren in Spanien. Während erstere infolge der "unverantwortlichen Willkür" der Regierung Zapatero in ihren eigenen Expansionsbestrebungen im Ausland benachteiligt werden könnten, drohe bei den ausländischen Unternehmen in Spanien eine Abwanderung, so Rajoy. Das Verhalten der Regierung sei ein fatales Signal für ausländische Investoren in Spanien, so der PP-Chef weiter. Aufgrund der stark negativen Handelsbilanz Spaniens ist das Land auf ausländische Di-

rektinvestitionen in der Tat dringend angewiesen. Zapatero verwies in seiner Antwort auf die PP-Kritik erneut auf die strategische Bedeutung des Energiesektors und forderte "gleiche Spielregeln" für alle Partner in der EU. Damit wiederholte er das in der Diskussion der letzten Tage häufig wiederholte Argument, E.ON könne schließlich auch nicht von einem ausländischen Investor aufgekauft werden, da die Bundesregierung sich diesbezüglich ebenfalls ein Veto reserviert habe. Diese Darstellung wurde allerdings umgehend von der Bundesregierung zurückgewiesen. Nach einem Bericht der spanischen Wirtschaftszeitung *La Gaceta* wird die EU-Kommission bis kommenden Mittwoch über die Rechtmäßigkeit der Blockadepolitik Zapateros gegen die Endesa-Übernahme durch E.ON entscheiden.

## >> **CiU sucht Annäherung an Sozialisten**

Im Rahmen eines von Europa Press organisierten Informationsfrühstücks mit Vertretern von Medien und Politik sandte der Vorsitzende der katalanischen Christdemokraten von der UDC und Generalsekretär des Parteienbündnisses CiU,



Josep Duran i Lleida (Foto), deutliche Signale der Annäherung an die Regierung Zapatero und die katalanischen Sozialisten von der PSC. Insbesondere in der Antiterrorpolitik unterstützte er den Kurs der Regierung.



So kritisierte er die Ankündigung Zapateros, man stehe "am Anfang vom Ende des ETA-Terrorismus" als verfrüht und zu optimistisch. Man habe damit falsche Hoffnungen geweckt, so Duran i Lleida. Andererseits verteidigte er aber auch das Recht der Regierung, einen Verhandlungsweg zu suchen, um den Terrorismus zu beenden, wie es bisher alle spanischen Regierungen versucht hätten. Die Annahme, ETA würde den Terror einstellen, ohne dass jemand zuvor mit ihr gesprochen habe, sei illusorisch und naiv. Die scharfe Kritik der Volkspartei an der Regierung Zapatero verurteilte Duran i Lleida im gleichen Atemzug als "demagogisch". Der UDC-Chef sah sich diesbezüglich bereits wenige Tage zuvor im spanischen Kongress heftigen Angriffen von PP-Fraktionssprecher Eduardo Zaplana (Foto) ausgesetzt, nachdem er, Duran i Lleida, das



„scheinheilige“ Verhalten der PP im Zusammenhang mit der Großdemonstration der Terroropfer letzte Woche (Vgl. KAS-Newsletter Nr. 7/2006) kritisiert hatte. Es sei eine „dreiste Unverschämtheit“, wenn José María Aznar, der in seiner Regierungszeit selbst Geheimverhandlungen mit ETA in der Schweiz geführt habe, sich heute an die Spitze einer Demonstration gegen mögliche Verhandlungen mit den Terroristen stelle, betonte Duran i Lleida. Jede Regierung habe das Recht, alles zu versuchen, um die Gewalt zu beenden; dies schlie-

ße auch das Recht ein, sich dabei zu irren, so der CiU-Politiker.

Auch im Zusammenhang mit der Reform des katalanischen Autonomiestatuts suchte der Duran i Lleida den Schulterschluss mit den Sozialisten. Wenn die katalanischen Linksnationalisten (ERC), die mit den Sozialisten und Grünen die Regionalregierung in Barcelona bilden, den aktuellen Text des Statuts nicht unterstützen wolle, solle sie die Regierungskoalition verlassen, so seine Forderung. Man werde jedenfalls nicht eine Minute länger darauf warten, dass die ERC sich dem Kompromiss zwischen CiU und Zapatero zum Autonomiestatut anschließe. Ferner wies Duran i Lleida darauf hin, dass die ERC aufgrund ihrer Radikalität sowohl in Katalonien als auch auf nationaler Ebene ein äußerst unbequemer Partner für die Sozialisten sei, zumal sich die Sozialisten damit zu einer leichten Zielscheibe für die oppositionelle Volkspartei machten. CiU und Sozialisten seien vor diesem Hintergrund darauf angewiesen, sich zu verstehen. Zwar schloss der UDC-Chef für diese Legislaturperiode ein festes Bündnis mit den Sozialisten in Madrid und Barcelona aus, doch von Falls zu Fall könne man sich durchaus verständigen. Feste Bündnisse stünden aber erst nach den möglichen Neuwahlen zur Debatte, so Duran i Lleida weiter. Damit erhielten die Gerüchte um die Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen in Katalonien und auf nationaler Ebene neue Nahrung. Zapatero könnte die Gelegenheit nach Verabschiedung des katalanischen

Autonomiestatuts nutzen, um seine bisherigen privilegierten Partner von der ERC gegen die gemäßigte CiU auszutauschen, so wird spekuliert.

## >> **Kein Kurswechsel der spanischen Lateinamerikapolitik in Sicht**



Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos (Foto) sieht keinen Anlass, den bisherigen Kurs in der Lateinamerikapolitik zu ändern. So hält die spanische Regierung unbeirrt weiter an dem umstrittenen Rüstungsgeschäft mit dem venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez fest, wie Moratinos in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im spanischen Kongress jetzt noch einmal unterstrich. Die oppositionelle PP kritisiert die Lieferung von insgesamt acht Patrouillen- und Küstenüberwachungsbooten sowie von 10 Transportflugzeugen vom Typ C-295 und zwei Seeaufklärungsflugzeugen vom Typ CN-235 dagegen als politische Geste an das linkspopulistische Regime von Hugo Chávez. Die US-amerikanische Regierung steht dem Deal ebenfalls sehr kritisch gegenüber, da er ihrer Meinung nach weiter zu der von der Chávez-Regierung ausgehenden Destabilisierung der Region beiträgt. Entsprechend hatte die Bush-Administration ein Veto gegen den Verkauf der Flugzeuge eingelegt, die mit US-Technologie

ausgerüstet sind. Wie Moratinos jetzt noch einmal klar stellte, werden die US-Komponenten nun gegen Ersatztechnologie ausgetauscht, um das Geschäft nicht platzen zu lassen. Dabei hatten selbst Experten der Herstellerfirma EADS-CASA geäußert, dass der Deal nach diesem Umbau kaum noch profitabel sei. Offenbar geht es der Regierung Zapatero tatsächlich weniger um die ökonomische als um die politische Dimension der Transaktion. Während Abgeordnete der Volkspartei, CIU und Coalición Canaria ihre Bedenken ob der zunehmend totalitären Tendenzen des Chávez-Regimes äußerten, verteidigte der Außenminister die Politik des Dialogs, die nach Ansicht der Regierung Zapatero gute Erfolge zeigen würde. So hätte man beispielsweise zu einer Annäherung zwischen Venezuela und Kolumbien beigetragen. Zwar sei einiges durchaus "verbesserungswürdig", aber noch sei es zu früh, um die Ergebnisse der jetzigen Strategie zu beurteilen.

Dieselbe Auffassung vertrat Moratinos mit Blick auf Kuba. Während die oppositionelle Volkspartei den Außenminister daran erinnerte, dass das Europäische Parlament die Politik der ausgestreckten Hand gegenüber Fidel Castro kürzlich in einer Resolution als gescheitert bezeichnete, wischte Moratinos das Argument vom Tisch und verwies auf die für Juni anstehende Entscheidung des Europäischen Rats bezüglich der EU-Kubapolitik. Der "Schmusekurs" der Regierung Zapatero mit Chávez und Castro wird

nicht nur von US-amerikanischer Seite äußerst kritisch beäugt, sondern sorgt auch bei den europäischen Partnern zunehmend für Unbehagen.

## >> **Flut illegaler Zuwanderer auf den Kanaren**



Am 27. Februar spürten die spanischen Küstenschutzler erneut sieben Flüchtlingsboote (sog. „pateras“) mit insgesamt 239 illegalen Immigranten in den Gewässern vor den Kanarischen Inseln auf. Alle Bootsinsassen waren Schwarzafrikaner, die wahrscheinlich von den Küsten Mauretaniens aus in See gestochen waren. Auch am vergangenen Freitag waren wieder zahlreiche Boote mit über 150 Flüchtlingen vor Teneriffa und Gran Canaria angelandet.

Seitdem die Aufklärungssysteme an den spanischen Küsten stark verbessert und die traditionellen Seewege strengstens überwacht werden, haben die Schlepperbanden ihre Routen geändert. Die damit verbundenen längeren Seewege bergen allerdings auch ein großes Risiko in sich, da die Boote nicht hochseetauglich und nur selten mit entsprechendem Navigationsgerät ausgerüstet sind. So trieb eines der jetzt festgesetzten Boote ca. 90 Seemeilen südlich von Gran Canaria im Atlantik. Ob es die Kanaren erreicht hätte, ist fraglich. Die Illegalen, die sich solchen Strapazen und Lebensgefahr aussetzen, hof-

fen, unentdeckt auf die Kanaren zu gelangen und dann per Flug weiter ans spanische Festland zu reisen. Trotz des Legalisierungsprozesses im letzten Jahr in Spanien, in dessen Rahmen ca. 600.000 illegale Immigranten eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung erhielten, werden in Spanien nach wie vor mehrere Hunderttausende von Illegalen vermutet. Viele der aus Schwarzafrika stammenden Einwanderer nutzen offenbar die offenen Grenzen im Schengen-Raum, um weiter nach Frankreich und Belgien zu reisen, wie kürzlich in der spanischen Presse berichtet wurde.

Indessen hat ein Gericht ein Auffanglager für Minderjährige auf Gran Canaria wegen Überfüllung und aus gesundheitlichen Gründen geschlossen. Die Situation sei so angespannt, dass eine ausreichende Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet werden könne, bekundete das Gericht.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

**Neue Postanschrift:**

Plaza de Castilla 3, 16-D 2

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)